



Sind Asylanten mehr wert?



1.716,-- Euro
für eine vierköpfige steirische Familie
auf Kosten eines Alleinverdieners.



2.624,-- Euro
für eine vierköpfige Asylantenfamilie
auf Kosten der Steuerzahler.

... mehr dazu auf Seite 2

Aus dem Inhalt:

Kriminelle Asylwerber Seite 3
Kinderfeindliche Straßenbahn Seite 5
Rechnungshof kritisiert die neue E-Card Seite 6

Wenn die Politik versagt Seite 7
Verharmlosung von Verbrechen Seite 9
Graz braucht Grazer im Landtag Seite 12

2. Über 2.600,- Euro monatlich für Asylantenfamilien



Schöggel:
„Ungleichbehandlung muss unverzüglich beseitigt werden!“

Eine Stellungnahme der Fachabteilung für Sozialrecht bestätigt eindeutig, was seitens der FPÖ seit Monaten kritisiert wird. Asylanten bekommen vom Staat weit mehr Unterstützung als Inländer. Selbst ein steirischer Durchschnittsverdiener hat monatlich weniger am Konto. Der Grazer Stadtparteiobmann der FPÖ, Dr. Gerhard Kurzmann, macht auf einen weiteren Skandal aufmerksam. „Selbst straffällig gewordene Asylwerber können bleiben. Es ist ein Schlag ins Gesicht, wenn solche Leute weiterhin auf Steuerkosten in unserem Land bleiben dürfen. Straffällige Asylanten müssen ohne Pardon sofort abgeschoben werden,“ so Kurzmann.

Kritik an den hohen Kosten bei der organisierten Unterbringung von Asylanten übt der freiheitliche Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leo Schöggel. Die Betreuung einer vierköpfigen Asylantenfamilie schlägt sich mit sage und schreibe 2.624,- Euro pro Monat zu Buche. Schöggel weist auf die eklatante Ungleichbehandlung hin. „Man muss sich einmal vorstellen, wie es einem Familienvater zu Mute sein muss, der erfährt, dass er mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 1.716,- Euro um 908,- Euro

FPÖ Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leo Schöggel macht auf eklatante Ungleichbehandlung aufmerksam. Grazer Stadtparteiobmann Dr. Kurzmann tritt für Abschiebung straffälliger Asylanten ein.



Kurzmann:
„Straffällige Asylanten haben das Recht auf Unterbringung verloren!“

weniger im Monat für seine vierköpfige Familie zur Verfügung hat als eine Asylantenfamilie.“

Die 2.624,- Euro der Betreuung einer vierköpfigen Asylantenfamilie setzen sich aus Unterbringung und Verpflegung, Taschengeld, Krankenversicherung, Schulbedarf, Freizeitaktivitäten, Bekleidungshilfe und Schulförderungskosten zusammen. „Hinzu kommen aber auch noch einmalige Kosten für Deutschkurse in der Gesamthöhe von 726,- Euro pro Asylwerber,“ so Schöggel.

Eine weitere Ungerechtigkeit stellt die sogenannte „Sonderunterbringung“ dar. Für pflegebedürftige Asylanten berappt der Steuerzahler nämlich monatlich 2.480,- Euro. „Doch während ein österreichischer Staatsbürger diese Kosten zurück-

erstatten muss, sind Asylanten von einer Rückzahlung befreit, selbst dann, wenn ihr Asylantrag positiv abgeschlossen wird und sie in Österreich eine Arbeit finden,“ ist Schöggel empört.

Als empörend empfindet es der Grazer FPÖ Stadtparteiobmann Dr. Gerhard Kurzmann, wenn straffällige Asylanten in unserem Land bleiben dürfen. „Es ist schlichtweg ein Skandal, dass selbst straffällig gewordene Asylanten nach Verbüßung der Haftstrafe wieder in den Genuss einer organisierten Unterbringung kommen können,“ so Kurzmann.

„Solche Personen haben das Recht auf Unterbringung in unserem Land ein für alle mal verloren, sie müssen sofort abgeschoben werden.“

Monatliche Kosten für eine vierköpfige Asylantenfamilie:

Unterbringung und Verpflegung:	2.040,-
Taschengeld:	160,-
Krankenversicherung:	229,-
Schulbedarf:	33,-
Freizeitaktivitäten:	40,-
Bekleidungshilfe:	50,-
Schulförderungskosten:	72,-

Gesamt: 2.624,-

Asylmissbrauch - Kriminelle Asylwerber

Nirgendwo sonst werden Asylwerber so grosszügig behandelt wie in Österreich. (siehe auch Seite 2 dieser Ausgabe zu den Kosten). Nirgendwo sonst werden den Einwohnern auch so viele Asylwerber zugemutet wie in Österreich. In den USA kommt beispielsweise ein Asylanter auf 13.697 Einwohner. In Deutschland sind es immerhin noch 1.700 Asylsuchende pro Einwohner, in Österreich jedoch stehen nur 265 Einwohner einem Asylanter gegenüber. Österreich ist also längst das Schlaraffenland für Asylanter geworden, was sich auch trotz der „Verschärfungen“ des Asylgesetzes nicht ändern wird. Für den Freiheitlichen Stadtparteiobmann Dr. Gerhard Kurzmann ist vor allem die Kriminalität vieler Asylanter eine immense Gefahr. „Nicht nur, dass viele nach Österreich kommen, um die Annehmlichkeiten unseres Staates zu geniessen, es kommen auch viele, um hier ihren kriminellen Geschäften nachzugehen,“ so Kurzmann und weiter, „es gibt auch bereits Internetseiten, auf denen Schlepper ungeniert mit Lockangeboten werben,“ ist der Grazer Freiheitliche verärgert.



„Ein friedliches Nebeneinander zwischen Österreichern und Asylantern kann nur dann funktionieren, wenn straffällige Asylanter sofort abgeschoben werden,“ so Gerhard Kurzmann.

Es ist unbestritten, dass die Kriminalität die von Asylantern ausgeht, immer mehr Polizei und Gerichte beschäftigt. Die APA berichtete beispielsweise am 9. Juni 2005 über einen international gesuchten 21-jährigen russischen Asylwerber, der als Mordverdächtiger in Niederösterreich gefasst wurde. Am folgenden Tag die nächste Meldung: „Einbrecherbande aus Georgien, grossteils Asylwerber, machte auf einer Österrichtour Beute in der Höhe von rund 504.000,-- Euro. 41 Georgier in Haft, weitere Personen noch flüchtig.“

Auf www.orf.at konnte man am 17. Juni lesen: „Zwei georgische Asylwerber sägten in der Justizanstalt Ried die Gitterstäbe durch und seilten sich mit Leintüchern ab. Ihnen gelang unerkannt die Flucht.“ Am selben Tag meldete die APA: „Zwei Asylwerber nach einem Mord an einem georgischen Asylwerber in Graz in Haft. Nach einem dritten georgischen Asylwerber wird noch gefahndet.“

Für Kurzmann ist diese Entwicklung keineswegs überraschend. „Von den sogenannten Gutmenschen werden Asylanter ja richtiggehend hofiert, wen wundert es da noch, dass sich immer mehr nach Österreich aufmachen? Dass darunter natürlich auch viele Kriminelle sind, ist zwar traurig, aber leider eine Tatsache, der man sich stellen muss. Die einzige Lösung kann nur die sofortige Abschiebung jedes Asylanter sein, der sich straffällig gemacht hat,“ so der Grazer FPÖ-Chef.



Die Rauschgiftmafia hat Graz fest im Griff. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres beschlagnahmten Fahnder in unserer Stadt Drogen im Wert von Euro 608.000. Es sind vor allem Afrikaner und Albaner, die nach den Angaben des Innenministeriums den Handel mit Kokain und Heroin beherrschen.

Aber nicht nur der Verbrauch von „harten Drogen“ stieg in der letzten Zeit sprunghaft an, auch der Konsum von Cannabis und Ecstasy nahm deutlich zu.

Die Politik verharmlost oder ignoriert diese gefährliche Entwicklung in unverantwortlicher Weise.

Ganz GRAZ muss drogenfrei werden!

Zum Schutz unserer Jugend fordere ich deshalb eine AKTION SCHARF, die folgende Maßnahmen enthalten muss:

- die rasche Erhöhung der Mindeststrafe für Drogenhändler durch den Bundesgesetzgeber,
- unangekündigte Drogenrazzien in Asylanterheimen und Schulen,
- die konsequente Abschiebung ausländischer Rauschgifthändler nach der Haftverbüßung und lebenslängliches Einreiseverbot nach Österreich und
- den weiteren Ausbau der Einrichtungen der medizinischen Akut- und Langzeitbehandlung von Drogenopfern.

Von der Einrichtung von „drogenfreien Schutz-Zonen“ im Umkreis von 150 Metern um die Schulen, wie sie die Innenministerin vor einigen Monaten vorschlug, halte ich wenig, weil der Handel mit Rauschgift dadurch nur verlagert wird. Es muss neben der Verschärfung der Strafen für den Drogenhandel die Vorbeugung deutlich verbessert werden.

Der Besuch von Schülern und Lehrern in Entziehungsanstalten könnte eine solche vorbeugende Maßnahme sein, weil sie den Jugendlichen die tödlichen Folgen des Drogenkonsums drastisch vor Augen führt und zeigt: Drogen sind nicht cool!

Gerhard Kurzmann
FPÖ-Stadtparteiobmann



INFORMATION FÜR ALLE!

Vormerksystem - Punkteführerschein

Ab 1. Juli 2005 tritt das Vormerksystem (Maßnahmen gegen Risikolenkerinnen und Risikolenker) in Kraft. Es kennt 13 riskobehaftete Vormerkdelikte. Daneben bleiben die so genannten Führerscheinentzugsdelikte und Verwaltungsstrafen bestehen.

Hinweis:

Betroffen von dem Vormerksystem sind **alle Lenkerinnen und Lenker in Österreich**, unabhängig von ihrem Wohnsitz.

Bei einer Begehung eines Vormerkdelikts ist Folgendes vorgesehen:

- 1. Mal: Vormerkung
- 2. Mal: Maßnahme
- 3. Mal: Führerscheinentzug von mindestens drei Monaten



Hinweis: Die Verwaltungsstrafe (Geldstrafe) ist in jedem Fall zu bezahlen, unabhängig davon, ob es zu einer Vormerkung, Maßnahme oder einem Entzug kommt.

Vormerkung: Beim ersten Vormerkdelikt wird dies im Örtlichen Führerscheinregister für zwei Jahre vermerkt. Nach Ablauf dieser Zeit wird, unabhängig von einer weiteren Vormerkung, diese wieder gelöscht.

Maßnahme: Beim zweiten Vormerkdelikt innerhalb von zwei Jahren entscheidet die Behörde über die jeweilige Sanktion.

Folgende Maßnahmen können angeordnet werden:

- Teilnahme an Nachschulungen
- Perfektionsfahrten
- Fahrsicherheitstrainings
- Teilnahme an Vorträgen und Seminaren über Ladungssicherheit
- Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen (Erste-Hilfe-Kurs)



Achtung:

Wird der Aufforderung zur Teilnahme an einer besonderen Maßnahme nicht nachgekommen, wird der Führerschein bis zur Befolgung der Anordnung entzogen.

Hinweis: Die Teilnahmekosten trägt der Führerscheinbesitzer.

Führerscheinentzug:

Beim dritten Vormerkdelikt innerhalb von zwei Jahren wird der Führerschein für mindestens drei Monate entzogen.

Hinweis: Für ausländische Lenker wird beim dritten Vormerkdelikt ein Fahrverbot in Österreich verhängt.

Achtung: Wird innerhalb dieser zwei Jahre (bei bestehender Vormerkung) ein Führerscheinentzugsdelikt begangen, verlängert sich die gesetzlich vorgesehene Entziehungsdauer für jede im Register enthaltene Vormerkung um zwei Wochen.

Vormerkdelikte und Rechtsfolgen

Lenken oder Inbetriebnahme von Kfz mit einem Alkoholgehalt von 0,5 bis weniger als 0,8 Promille

Geldstrafe: EUR 218,-- bis EUR 3.633,--

Lenken oder Inbetriebnahme von Kfz mit einem Alkoholgehalt von 0,1 bis weniger als 0,5 Promille bei C-Lenkern

Geldstrafe: EUR 36,-- bis EUR 2.180,--

Lenken oder Inbetriebnahme von Kfz mit einem Alkoholgehalt von 0,1 bis weniger als 0,5 Promille bei D-Lenkern

Geldstrafe: EUR 36,-- bis EUR 2.180,--

Behinderung am Schutzweg bei Gefährdung eines Fußgängers

Geldstrafe: EUR 72,-- bis EUR 2.180,--

Nichtbeachtung des Zeichens „Halt“, wenn Vorrangberechtigte zu unvermitteltem Bremsen oder Ablenken genötigt und dabei gefährdet werden

Geldstrafe: bis EUR 726,--

Nichtbeachtung des Rotlichtes bei Gefährdung anderer

Geldstrafe: bis EUR 726,--

Befahren des Pannestreifens und dadurch Behinderung von Einsatzfahrzeugen

Geldstrafe: bis EUR 726,--

Missachtung des Fahrverbots für Kfz mit gefährlichen Gütern in Tunnelanlagen

Geldstrafe: bis EUR 726,--

Übertretungen der Verordnung über Beschränkungen für Beförderungseinheiten mit gefährlichen Gütern beim Befahren von Autobahntunneln

Geldstrafe: bis EUR 726,--

Übertretungen des vorschriftsmäßigen Verhaltens bei Eisenbahnkreuzungen, insbesondere

- ein Übersetzen der Eisenbahnkreuzung, wenn nach der Lage des Straßenverkehrs (z. B. bei Verkehrsstockung) ein Anhalten auf der Eisenbahnkreuzung erforderlich werden könnte,
- Schranken unbefugt zu betätigen, geschlossene Schranken zu übersteigen, zu umfahren oder zu umgehen.

Geldstrafe: bis EUR 726,--

Lenken eines Kfz, dessen

- technischer Zustand oder
- nicht entsprechend gesicherte Beladung eine Gefährdung der Verkehrssicherheit darstellt

Geldstrafe: EUR 72,-- bis EUR 2.180,--

Nichtbeachtung der Vorschriften über die Kindersicherung

Geldstrafe: bis EUR 2.180,--

Nichteinhaltung des Sicherheitsabstandes von 0,2 bis 0,4 Sekunden

Geldstrafe: bis EUR 726,-- bzw. bei besonderer Rücksichtslosigkeit/Gefährlichkeit bis EUR 2.180,--

Eine sichere Fahrt
wünschen die
Grazer Freiheitlichen



Kinderfeindliche Straßenbahn!

FP-Uray-Frick ist entsetzt über die Prioritäten der Stadt Graz



„Man muss den Mut haben, Beschlüsse zu revidieren, wenn es die Situation verlangt“ meint Uray-Frick.

Die Verlängerung der Straßenbahnlinie 6 ist für Maxie Uray-Frick ein Paradebeispiel dafür, dass im Rathaus der Ernst der Finanzsituation noch nicht erfasst wurde und Prestigedenken vorherrscht. „Wenn sich ein verschuldeter Familienvater für einen neuen Wagen entscheidet und dafür bei der Schulausstattung seiner Kinder spart, wird jeder den Kopf schütteln. Graz geht genau diesen Weg. Obwohl finanziell so gebeutelt, dass nur mehr ein restriktiver Sparkurs mit einschneidenden Maßnahmen möglich ist, wird Geld für die Verlängerung einer Strassenbahnlinie, die keine neuen Gebiete erschliesst oder irgendein Verkehrsproblem löst, hinausgeschleudert,“ ist die Mandatarin erbost. Uray-Frick ist nicht nur von der Sinnlosigkeit der Verlängerung der Linie 6 überzeugt, sondern prangert vor allem an, dass die Stadtregierung Prioritäten völlig falsch setzt. „So gibt es zu wenig Kinderbetreuungseinrichtungen bis zum dritten Lebensjahr, Schulen, wie nun die Volksschule Ries werden geschlossen und Zuschüsse für Familien in schwierigen Lebenssituationen werden gestrichen; es gibt kein Geld mehr für psychotherapeutische Betreuung von Kindern und die Zuzahlung für Familienhelferinnen muss auch gestrichen werden. Da kann man nur mit Unverständnis reagieren, wenn man zusehen

muss, wie einerseits bei wichtigen Dingen eiskalt der Geldhahn abgedreht wird, während auf der anderen Seite das Geld aus dem Fenster geworfen wird, um eine Straßenbahnlinie zu finanzieren, die in Wahrheit wenige wollen und niemand braucht,“ so die freiheitliche Klubchefin abschließend.

Graz verfolgt Autofahrer statt Drogendealer!

FP-GR Korschelt verärgert über Untätigkeit in Sachen Videoüberwachung.

Gemeinderat Korschelt zeigt kein Verständnis für die Trägheit der Stadt Graz. „In ganz Österreich werden Videokameras zur Eindämmung der Kriminalität montiert, nur in Graz tut sich nichts. Offensichtlich sind in der Steiermark ÖVP und SPÖ so sehr damit beschäftigt, sich hohe Büroeinrichtungskosten an den Kopf zu werfen, dass für anderes keine Zeit bleibt,“ meint Korschelt verärgert.

„Nach Wien und Klagenfurt ist Innsbruck die nächste Landeshauptstadt, die auf Videoüberwachung setzt,“ so der Freiheitliche. Dort wird mit einer mobilen Kamera gearbeitet, was den Vorteil hat, dass es nicht zu der von Gegnern der Kameras immer wieder angeführten Verlagerung kommen kann. „Die Polizei kann gezielt die Überwachung dort durchführen, wo sie es für notwendig erachtet. Der Standort kann gewechselt werden, auf eine Verlagerung der Kriminalität kann durch

Verlagerung des Standortes reagiert werden,“ zeigt sich Mag. Korschelt beeindruckt davon, was in Innsbruck möglich ist.

„Bei uns wird lieber mit 'Privatsheriffs' die Überwachung der Autofahrer bis zum Exzess praktiziert, nach den blauen Zonen wird nun die Tempo 30 Überwachung rigoros kontrolliert. Natürlich ist es sinnvoll, wenn Raser zur Kasse gebeten werden, doch es geht wohl nur darum, wie möglichst viel Geld in die Gemeindekasse kommt und nicht darum, wie sicher die Stadt ist,“ spielt Korschelt auf die Meldung an, man werde gegen Jahresende prüfen, ob sich die Überwachung von Tempo 30 finanziell für Graz rentiere.



„Drogendealer lässt man frei herumlaufen, Verwaltungsübertretungen werden geahndet,“ so Korschelt.

Hauptsache, die Marie stimmt ...

Unbeeindruckt von der Krise in der EU hat sich das EU-Parlament ein neues Abgeordnetenstatut genehmigt.

Das heisst, ab 2009 erhalten alle Mandatare 7.000,- Euro brutto, versteuert zum Diplomatentarif in Brüssel. Dazu lassen sie sich von den europäischen Steuerzahlern zur Gänze ihre Pension bezahlen.

Richtig unverschämt muss man sein. Anders kann man den Beschluss des neuen Abgeordnetenstatuts samt neuer Gehaltsregelung für die EU-Abgeordneten nicht erklären.

Bis auf Italiener und Österreicher bedeutet dies nämlich eine saftige Gehaltserhöhung. Für manche Abgeordnete aus den neuen EU-Ländern sogar bis zum Zehnfachen ihres bisherigen Gehalts. Als Trost gilt für alle die Besteuerung von nur 25 Prozent.

Nicht angetastet wurde natürlich auch der Arbeits-

nachweis, die Sitzungspauschale von 268 Euro pro Tag. Dafür müssen die Abgeordneten jetzt für die Spesenabrechnung Zettel sammeln, weil genau abgerechnet wird.

Dazu gibt es eine Pension, für die nicht einmal Pensionsbeiträge bezahlt werden müssen. Diese, 1.300 bis 1.600 Euro pro Monat und Abgeordneten, darf der Steuerzahler blechen. Je nach Dauer der Mandatstätigkeit, kann diese Pension bis zu 4.900 Euro betragen - und das schon ab dem 63. Lebensjahr.

FPÖ-Abgeordneter Andreas Mölzer: „Eine Fortsetzung der Spesenheuchelei!“ Denn jeder Abgeordnete erhalte zusätzlich noch 3.785 Euro netto für ein Büro im Heimatland.

Und als weiterer Bonuspunkt bleibt auch noch die Luxuskrankenversicherung für Abgeordnete samt Familienanhang bestehen.

jfb.

Rechnungshof kritisiert die neue E-Card

Seit 1993 dauert das Debakel um die E-Card bereits an, ein Ende ist offen.



FRÜHER FÜHLTE ICH MICH IN MEINEN VIER WÄNDEN SICHER.

HEUTE LEBE ICH IN STÄNDIGER ANGST.

Beschützen statt Beschwichtigen.

FPÖ GRAZ
www.fpoe-graz.at

Der Rechnungshof hat nun detailliert aufgezeichnet, was eines der letzten sozialpartnerschaftlichen Pfründesysteme, der Hauptverband der Sozialversicherungen, zu verantworten hat. Unter anderem wird kritisiert:

- Zu hohe Projekt-Nebenkosten in Höhe von rund 27 Millionen Euro
- Zu hohe Personalkosten bei der Chipkarten-Betriebs- und Errichtungsgesellschaft
- Großzügige und lukrative Aufträge für externe Berater

Trotz der aufgedeckten Misswirtschaft und Verschwendung ließ der Endbericht des Rechnungshofes bisher alle Beteiligten völlig kalt.



Wenn die Politik versagt!

FP-Gemeinderat Korschelt freut sich über hartnäckige Eltern.

Weil die Stadt Graz sich in den letzten Jahren finanziell übernommen hat, muss nun an allen Ecken und Enden gespart werden. Leidtragende sind dabei vor allem die Grazerinnen und Grazer. Von der Bevölkerung wird erwartet, dass sie ohne zu murren allen Einsparungen der Stadt zustimmt. In einem Fall aber haben nun die Rathausgewaltigen -wie es scheint- 'die Rechnung ohne den Wirt' gemacht.

Nachdem nämlich die Schliessung von Schulen bereits beschlossene Sache schien, haben sich im Gemeinderat der Freiheitliche Harald Korschelt und in den Medien die Eltern der betroffenen Schüler lautstark zu Wort gemeldet.

Für Korschelt hat die Ablehnung seines dringlichen Antrages zur Rettung der Schulen Ries, Wieland und Krones im Dezember vergangenen Jahres gezeigt, dass Rot und Schwarz über sachliche Argumente wie mit einer Dampfwalze drüberfahren. "Umso mehr freut es mich, dass die Eltern der Volksschule Ries hartnäckig blieben und für den Erhalt der Schule kämpfen," so der Freiheitliche.

Schnell war eine Unterschriftenaktion im Gange, und es gelang den Eltern tatsächlich die nötige Anzahl an Unterschriften zu sammeln, damit eine Volksbefragung im Bezirk Ries zur Erhaltung der Schule durchgeführt werden kann. „In Zeiten wie diesen tut es besonders gut, wenn man sieht, dass der Bürger es schaffen kann, sich bei 'denen da oben' lauthals Gehör zu verschaffen.

Unsere Unterstützung werden die besorgten Eltern natürlich weiterhin haben,“ verspricht Korschelt.



Bereits 2004 hat sich Korschelt für die Volksschule stark gemacht.

Waltrauds bunter „Falter“

Mütterlich-gütig äugt die Frau Landeshauptmann vom „Falter“-Titelblatt. Hochglanz nicht nur das „Cover“ der Wiener Stadtzeitung, die mit einem eigenen Steiermark-Teil gerade zur rechten Wahlzeit über den Semmering expandiert. Im vollen Glanze darf sich Frau Klasnic als „oberste Steirerin“ präsentieren. In schickem Kostüm, kokett ein grünes Toilette-Täschchen in den Händen haltend - und natürlich den güldenen steirischen Panther am Revers. Die Anbiederung an das linksintellektuelle Wahlvolk ist offensichtlich plakativ: Mehr „stylish“ als steirisch. Mehr urbane Haute-Couture als ländlicher Hautgout. Im Blatt darf sie „ihr Verständnis von Politik“ in einem Fragenspiel „erklären“, über das „steirische Miteinander“ plaudern und „erzählen“, warum sie „keine Gegner“ kennt. „Die ohne Gegner“ betitelt der „Falter“ die „Homestory“ über Klasnic. Ein Verlautbarungsjournalismus der besonderen „Falter-Art“. Die ÖVP und der „Falter“ bilden in der Steiermark ein ungewöhnliches Liebespaar.

Eingefädelt hat man diese „Wahl-Partnerschaft“ natürlich mit einem Batzen Geld. Von einer Million Euro ist die Rede. Die Auflage liegt bei 20.000 Stück auf 16 bis 24 Seiten, recht bunt gestaltet, als „Hoch-

glanzmantel“ des „Wiener Falters“ in der Steiermark, als Beilage auf billigerem Zeitungspapier in der Wiener Ausgabe. Ein stolzer Preis, der die zweitgrößte Stadt Österreichs glauben lässt, nun auch in der Bundeshauptstadt präsent zu sein, will man doch, so einer der Leitartikler „urbane Themen für urbane Leser“ schaffen. Das trifft sich gut, denn für „urbane Themen“ ist man in der Steirer-VP immer zu haben. Das Kommunikationsmittel hat man dazu im „Falter“ gefunden - natürlich frank und frei auf Kosten der Steuerzahler.

Jüngst schaffte es erst der juvenile steirische ÖVP-Klubchef mit einer Wette die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Er verwette „sein Monatsgehalt“, dass die „Homoehe“ in fünf Jahren legal sei. Am „anderen Ufer“ des politischen Fahrwassers fischt ein weiterer „VP-Politjüngspund“. Der Grazer Bürgermeister wünscht sich keine Türken im „Wohnzimmer“. Die Bandbreite des Themenangebotes ist also recht gross. Als völlig „zeitgeistig-beliebig“ könnte man die Schwarzen jedenfalls auch verorten.

In der Ausweitung des politischen Ideen- und Wertefundus ist die Klasnic-Partei von einer speziellen „steirischen Breite“. Da kommt die mediale Zusammenarbeit mit

dem links-liberalen Falter-Journalismus gerade Recht.

Ernst Brandl

Volksdroge Alkohol

300.000 Steirer greifen täglich zur Flasche, 1.500 sterben jährlich an den Folgen. Das Genussmittel verändert sich in einem schleichen Prozess zum Gebrauchsmittel, mutiert zum Missbrauchsinstrument von dem der Kranke physisch und psychisch abhängig wird. Jede Suchtkrankheit bedeutet auch immer eine Familienkrankheit, beruflichen und sozialen Abstieg, menschliches Leid für alle Beteiligten. Die Bereitschaft Hilfe anzunehmen, ist der erste Schritt zur Umkehr, sich wieder für ein lebenswertes Dasein zu entscheiden.

Hilfe und Information gibt es für Betroffene und Angehörige in Graz, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, unter anderem bei: Anonyme Alkoholiker 0316/574740, beim BAS 0316/ 821199, bei Vivid 0316/823300, der Drogenberatungsstelle des Landes Steiermark 0316/7326044, dem Blauen Kreuz 0316/73007315.

Einzelgespräche, Paar- und Familienberatung, Betreuung von Betroffenen und Angehörigen unter 0664/3007315

Gerhard E. Wildbichler

Philipp Gruber und Andrea Sickl beim Ironman 2005 in Klagenfurt



Am 3. Juli 2005 starteten Stadtparteisekretär Philipp Gruber und ich bei unserem ersten Langdistanztriathlon in Klagenfurt. Die Distanzen bei diesem Wettkampf sind 3,8 km Schwimmen, 180 km Radfahren und 42,195 km Laufen.

Für dieses Abenteuer haben wir uns gemeinsam konsequent über ein halbes Jahr lang vorbereitet. Sicherlich hat es des öfteren Zeiten gegeben, wo wir lieber eine Pause machen und z. B. nicht am Sonntag 5 Stunden Radfahren wollten. Aber gemeinsam geht vieles leichter und wir konnten uns gegenseitig motivieren. Das Ziel, nämlich am 7. Juli mit erhobenem Haupt zu finishen, war dann immer stärker. Auf unsere Zeiten können wir auch stolz sein: Philipp mit 11 Stunden 26 Minuten und ich mit 11 Stunden 21 Minuten.

Dieser Wettkampf hat mir gezeigt, dass Ziele, die anfangs unerreichbar scheinen, durch Konsequenz, Ausdauer und vollen Einsatz sehr wohl erreichbar sind. Was für den Sport gilt, gilt auch für die Politik. **Das Ziel muss sein, dass die FPÖ am 2. Oktober 2005 ein politischer Faktor in der Steiermark bleibt. Auch wenn der Wind „rau“ ist, muss man gerade in schwierigen Zeiten für die gemeinsame Sache eintreten und zusammenhalten.**

Unser Spitzenkandidat für Graz, Dr. Gerhard Kurzmann, steht für diese gemeinsame Sache und das gemeinsame Ziel - daher bitte ich Sie, Dr. Gerhard Kurzmann und damit die Grazer FPÖ durch eine Vorzugsstimme zu unterstützen!

Freiheitlich denken - freiheitlich wählen! Jetzt erst recht. Ihre Andrea Sickl

Verharmlosung von Verbrechen



Offizieller RAF-Steckbrief aus den 70er Jahren.

Die Neue Galerie gab 50.000,- Euro für eine Ausstellung über die rote Armee Fraktion (RAF) aus.

Eine Ausstellung, die dem Land Steiermark €50.000.- wert war.

Terror verkauft sich - Gerhard Kurzmann: „Den Mythos um die RAF gibt es, weil viele nicht wissen, was die RAF getan hat - nämlich gezielt Menschen zu ermorden.

Mit Lügen täuschten die Linksextremisten die Öffentlichkeit und ihre Anhänger. Die Opfer sind vergessen, die Täter im Mittelpunkt des Interesses, denen eine Ausstellung gewidmet wird - die Frau Landeshauptmann sah zu und disqualifizierte sich damit als Landeskulturreferentin.“

FPÖ Stadtparteiobmann Dr. Gerhard Kurzmann sieht die Verharmlosung der Verbrechen der RAF als Verhöhnung ihrer Opfer.



FPÖ Gerhard Kurzmann:

Diese Ausstellung war ein Beispiel für die Beliebigkeit der steirischen Kulturpolitik. Man kann W. Klasnic den Vorwurf nicht ersparen, vor dem roten Terror das Knie gebeugt zu haben. Diesen „Hofknicks“ einer bürgerlichen Politikerin haben viele nicht verstanden!

Auch in der Steiermark Herr im eigenen Haus bleiben!



Gemeinsam für Österreich: Der steirische FPÖ-Obmann Leopold Schöggel und der freiheitliche Bundespartei-Obmann HC Strache

Leopold Schöggel ist der Garant dafür, dass die Österreicher auch in der Steiermark Herr im eigenen Haus bleiben.

Davon ist FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache überzeugt. Und er betont: „Die FPÖ ist eine soziale Heimatpartei.“

Die Freiheitlichen treten - als einzige Partei - für die Anliegen und Interessen der österreichischen Bevölkerung ein. „Wir sind nicht ausländer-

feindlich“, gibt Strache unmissverständlich zu verstehen. „Aber es ist Tatsache, dass wir zu viele Ausländer und leider

oft die falschen in Österreich haben.“ Auch gegen das Diktat der EU bezieht der FPÖ-Chef klar Stellung.

Eine deutliche Absage erteilt dem Bundesheereinsatz in Afghanistan. Gerade bei der Flutkatas-

trophe würden die Soldaten dringender im eigenen Land gebraucht. Die Kosten des Auslandseinsatzes sollte man besser den Flutopfern zukommen lassen.

Für die Landtagswahlen zeigt sich Strache zuversichtlich. Mit Leopold Schöggel steht der richtige Mann am richtigen Platz.

Die FPÖ ist eine soziale Heimatpartei.

(HC Strache)

FPÖ
echt freiheitlich



MEINE ELTERN HABEN DROGEN GENOMMEN.
ICH BIN HIV POSITIV.
 Prävention statt Obduktion.

FPO GRAZ
www.fpoe-graz.at

Wir panieren
 die Preise!



TV, chello,
 Telefon
 bis 31.12.
gratis!*

Unique

*Kein Grundentgelt bis 31.12.2005, gültig bei Neuanmeldung bis 16.10.2005. Weitere Bedingungen unter 0800 700 767 oder www.upc.at.

0800 700 767
www.upc.at

UPC
 Willkommen daheim Telekabel



**IN PRAG HABE ICH STUDIERT.
IN GRAZ GEHE ICH AUF
DEN STRICH.**

Integration statt Prostitution.

FPO GRAZ
www.fpoe-graz.at

Doktor ordiniert vor dem Arbeitsamt!

**Arbeitslose Akademiker sind
zum Taxlern oder Kellnern gezwungen.**

Wer glaubt, dass ein Studium die Garantie für einen Job ist, der irrt gewaltig und sollte gar nicht erst inskribieren. Die Zahl der arbeitslosen Akademiker ist in den letzten Jahren nämlich rapid gestiegen. Waren im Jahr 1994 im Jahresschnitt 5.603 Akademiker auf Arbeitssuche, so waren im März 2005 bereits 8.925 Personen mit akademischer Ausbildung beim Arbeitsmarktservice (AMS) gemeldet. Nicht berücksichtigt dabei sind jene Akademiker, die noch keinen, ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz gefunden haben, also frisch von der Universität kommen und jeden Job, vom Taxifahren bis zum Kellnern als Überbrückung nehmen.

Die Arbeitslosigkeit nahm vor allem bei Akademikerinnen drastisch zu, und zwar um 6,7 Prozent auf 3.699 Personen. Am schlimmsten gestiegen ist die Arbeitslosigkeit unter den Akademikern bei den Medizinerinnen, nämlich auf 19,7 Prozent, was bedeutet, dass 292 Ärzte gerade auf Jobsuche sind. Pädagogen verzeichnen ebenfalls ein Plus von 15,7 Prozent auf 221 Betroffene. Verbessert hat sich allerdings die Lage bei den Betriebswirten und Juristen. Die Zahl der arbeitslosen BWL-Absolventen ging um 1,9 Prozent zurück, bei den Juristen betrug der Rückgang sogar 7,9 Prozent, was aber immer noch 825 Betroffene bedeutet.

Graz braucht einen Grazer im Landtag!

Das 'Dasein' als ungeliebtes Stiefkind muss ein Ende haben.

Graz wird von der Steiermark seit Jahren beinahe sträflich vernachlässigt. Obwohl Graz über einen 'guten Draht' zum Land verfügen müsste, wo doch die Landeshauptfrau und die Finanzreferentin Parteifreundinnen des Grazer Bürgermeisters sind, behandelt man die Landeshauptstadt stiefmütterlich.

Die 'Rabemütter' LH Klasnic und LR Edlinger-Ploder zeigen sich hart, wenn es um finanzielle Unterstützungen für Graz geht. Änderungen von Landesgesetzen, die vom Grazer Gemeinderat per Petition an das Land gerichtet werden, bleiben meist unbeantwortet, ein Bemühen und ein Engagement ist nicht feststellbar.

Graz braucht einen Grazer im Landtag! Da weder von der ÖVP noch von der SPÖ zu erwarten ist, dass sie in Zukunft ihre Trägheit ablegen werden, und der Kommunist Kaltenegger auch im Landtag nicht mehr für Graz ausrichten wird

können als im Gemeinderat, braucht Graz die Unterstützung durch die FPÖ. Deren Spitzenkandidat, Dr. Gerhard Kurzmann, ist seit Jahren ein engagierter und ehrenamtlicher Stadtparteiobmann, dem die Interessen der Stadt Graz am Herzen liegen. Kurzmann ist ein Grazer, der Graz im Landtag vertreten wird. Geben Sie ihm Ihre Stimme, damit das 'Dasein' von Graz als ungeliebtes Stiefkind der Steiermark ein Ende hat.



FÜR GERHARD KURZMANN



FPO